

Sarah Ryglewski

- (A) So hat man den Kontakt zu ihnen und versucht, an die Grundlagen des Problems heranzugehen.

(Beifall der Abg. Dr. Kirsten Kappert-Gonthier [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Kerstin Kassner [DIE LINKE]: Vorbildlich!)

Insofern würde ich mir wünschen, dass wir in der Debatte im Rechtsausschuss die Offenheit haben, uns wirklich noch einmal ganz dezidiert damit zu befassen, ob eine solche Strafe eine wirklich verhältnismäßige Lösung dieses Problems ist.

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Sarah Ryglewski (SPD):**

Ja, ich komme zum Schluss. – Wir alle sind der Meinung, Schwarzfahren muss Konsequenzen haben. Aber ich appelliere daran, auch einen Dialog mit den Sozial- und Verkehrspolitikern zu führen. Es ist eben kein Problem, das wir allein mit einer Strafrechtsreform lösen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Herzlichen Dank. – Damit schließe ich die Aussprache.

- (B) Interfraktionell wird Überweisung der Gesetzentwürfe auf den Drucksachen 19/1115 und 19/1690 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 21 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu dem Vorschlag der EU-Kommission für eine Änderung der Durchführungsverordnung hinsichtlich der Zulassungsbedingungen für die Wirkstoffe Imidacloprid, Clothianidin und Thiamethoxam; SANTE/12105/2016 Rev5, SANTE/12106/2016 Rev5, SANTE/10834/2016 Rev8 (Entwürfe)**

**hier: Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung gemäß Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes**

**Ja zum EU-Freilandverbot für bienengiftige Neonikotinoide**

**Drucksachen 19/231, 19/1200**

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch dazu. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Frau Ministerin, es ist bei uns üblich, dass der Präsident das Wort erteilt. Aber ich finde es schön, dass Sie schon mal den Weg zum Pult gefunden haben. Als erster Rednerin erteile ich mit besonderer Freude der Bundesministerin Julia Klöckner das Wort. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:**

Danke. – Herr Präsident! Liebe Abgeordnete! Wer die öffentliche Debatte in den vergangenen Tagen verfolgt hat, der konnte erleben, wie emotional aufgeladen das Thema Pflanzenschutz ist. Ich verstehe die Bürger in unserem Land, aber nicht nur hier bei uns in Deutschland, die sich Sorgen um ihre Gesundheit und auch Sorgen um die Umwelt machen. Gerade weil wir die Sorgen ernst nehmen, gerade deshalb müssen wir das Thema auf der Basis von Wissen und dürfen es nicht auf der Basis von Emotionen behandeln; denn nur das bringt langfristig Sicherheit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Warum brauchen wir überhaupt Pflanzenschutz? Zum Glück hat niemand von uns mehr die Zeiten erleben müssen, in denen schlechtes Wetter oder Schädlinge in Deutschland eine Hungersnot auslösen konnten, in denen es oft zu wenig Brot oder Kartoffeln gab, um Menschen schlichtweg satt zu machen. Wir haben uns daran gewöhnt, dass es bei uns jederzeit überall zu günstigen Preisen verfügbare Nahrungsmittel gibt. Wir vergessen manchmal, dass es beim modernen Pflanzenschutz genau darum geht, viele Gefahren für die Ernte abwehren zu können – die Ernte, die uns die Mittel zum Leben, nämlich unsere Lebensmittel, verschafft. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU – Albert Stegemann [CDU/CSU]: Das musste mal gesagt werden!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gab auch Zeiten – das gehört zur Wahrheit dazu –, in denen es beim Pflanzenschutzmitteleinsatz hieß: Viel hilft viel. – Die Zeiten sind zum Glück in den meisten Teilen Europas vorbei. Wir werden den Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel weiter reduzieren und gleichzeitig unsere Ernte sichern. Wir nehmen die Auswirkungen auf die Natur und die Umwelt noch stärker in den Blick. Neonikotinoide – man kann sie auch abkürzen: Neoniks; das ist eher unfallfrei auszusprechen –, das sind Insektizide; in Abgrenzung dazu gibt es auch noch Herbizide.

Ich möchte einen Blick auf die EFSA, die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit, werfen. Sie kommt zu dem Schluss, dass die drei Wirkstoffe aus der Gruppe der Neonikotinoide für Bienen und andere Bestäuber ein unvertretbares Risiko darstellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe an dieser Stelle bei meiner Regierungserklärung gesagt: Bienen

**Bundesministerin Julia Klöckner**

- (A) sind systemrelevant, und was der Biene schadet, muss vom Markt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb werde ich in Brüssel dem Verbot der Freilandanwendung dieser Wirkstoffe zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Genau deshalb, verehrte Vertreter der Grünen, ist Ihr Antrag überholt und auch überflüssig.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Aber sicher ist sicher!)

Sie müssen die Bundesregierung nicht auffordern, eine Haltung zu finden. Sie müssen nicht von der Möglichkeit Gebrauch machen, dass der Bundestag etwas formuliert, damit die Bundesregierung auf europäischer Ebene ein entsprechendes Mandat übernimmt.

(Zuruf der Abg. Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben uns schon längst klar darauf geeinigt – darüber bin ich sehr froh; die Kollegin Schulze ist heute bei der Debatte auch anwesend –, dass wir dem Vorschlag der EU-Kommission folgen möchten, weil er auf der wissenschaftlichen Erkenntnis der EFSA beruht. Deshalb ist der Antrag überflüssig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(B)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist im Interesse der Natur, aber auch im Interesse der Landwirtschaft; denn auch sie ist auf die Bestäubungsleistung der Bienen angewiesen. Die wissenschaftliche Bewertung ist für mich dabei das Ausschlaggebende – und das nicht nur dann, wie bei einigen hier im Haus, wenn es gerade zur eigenen politischen Agenda oder zur eigenen Überzeugung passt. Doch was viele außer Acht lassen: Wir müssen weiter schauen. Es sind zwei Punkte:

Erstens. Wenn wir über den Schutz der Insekten sprechen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, müssen wir das Ganze in den Blick nehmen und dürfen nicht nur einen kleinen Teil sehen. Ich habe gestern mit meiner Kollegin Schulze vereinbart – wir haben uns ausgetauscht –, dass wir zum Insektensterben gemeinsam, Hand in Hand, ein Monitoring auf den Weg bringen wollen. Uns ist wichtig, ohne Scheuklappen zu handeln. Natürlich muss die Landwirtschaft ihren Beitrag leisten. Wir sind mit der betroffenen Branche in vielversprechenden Gesprächen.

Aber es reicht nicht, mit dem Finger nur auf die Landwirte zu zeigen. Wir müssen außerdem über weitere Faktoren wie Lichtverschmutzung oder die Gestaltung öffentlicher Flächen sprechen; denn auch das hat einen großen Einfluss auf die Insekten. Nur wenn man das Ganze im Blick hat, ist man glaubwürdig.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deshalb wird die Bundesregierung ein umfassendes Aktionsprogramm zum Schutz der Insekten auflegen.

Zweitens. Wenn die Bauern Wirkstoffe für den Pflanzenschutz verlieren, brauchen sie Alternativen. Ohne Pflanzenschutz, ob er chemisch ist oder nicht, geht es nicht – übrigens auch nicht im ökologischen Anbau; das wissen Sie. Deshalb werden wir die Zulassungsbehörden personell verstärken, um schneller zu modernen, risikoärmeren Mitteln zu kommen. Und wir werden die Erforschung von Alternativen unterstützen und da massiv investieren.

Wir sehen auch eine Chance beim Thema „Digitaler Wandel“ – Stichwort „Präzisionslandwirtschaft“ -: Wir reduzieren Pflanzenschutzmittel der Menge nach, indem wir sie präzise dort aufbringen, wo wir sie brauchen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die umwelt- und naturverträgliche Anwendung von Pflanzenschutzmitteln wird Teil der Ackerbaustrategie sein, die wir gemeinsam auflegen werden. Die Ackerbaustrategie wird sicherstellen, dass wir die Fruchtbarkeit unserer Böden und die Biodiversität schützen, der Pflanzenbau sich für unsere Bäuerinnen und Bauern aber gleichzeitig lohnt. Denn – auch das will ich sagen – wenn wir Getreide, Gemüse und Obst nur noch importieren, dann haben wir keinen Einfluss mehr darauf, wie sie produziert worden sind.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich will nicht, dass unsere Familienbetriebe die Hofstore schließen müssen.

Ich fasse zusammen: Die Bundesregierung hat eine klare Haltung: Was der Biene schadet, kommt vom Markt. Wir werden dem Kommissionsvorschlag auf europäischer Ebene zustimmen. Als Landwirtschaftsministerin sage ich verantwortungsvoll: Die Bauern sind nicht an allem schuld. Sie werden ihren Beitrag leisten. Wir müssen alles in den Blick nehmen und ermöglichen, dass Landwirtschaft in Deutschland weiterhin möglich bleibt, damit wir wissen, wie produziert wird. Das geht nur, wenn wir einen Blick auf die heimische und regionale Produktion haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Frau Ministerin, herzlichen Dank für Ihre Ausführungen zu den Neoniks. – Als Nächstes für die AfD-Fraktion: der Kollege Stephan Protschka.

(Beifall bei der AfD)

**Stephan Protschka (AfD):**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Zuschauer hier im Hohen Haus! Die Debatte um das Freilandverbot der von der Ministerin angesprochenen Wirkstoffe ist in meinen Augen der Beweis für die Kraft der besseren Argumente und wirklicher Verantwortung in der Politik.

Meine Fraktion hatte sich in der Ausschusssitzung am 14. März 2018 noch gegen diesen Antrag ausgesprochen.

**Stephan Protschka**

- (A) Wir hatten damals unsere Gründe dafür. Als Anwälte unserer kleinen und mittelständischen Bauern ist es unsere Pflicht, bei Verboten wirkräftiger Mittel mehr als einmal hinzuschauen und genau zu überlegen. Wir haben aber erkannt, dass wir damals falsch lagen.

Im Nachgang zu unserem Votum im Ausschuss haben wir die Gelegenheit wahrgenommen, mit Vertretern beider Seiten – für und gegen dieses Verbot – zu sprechen. Wir haben erkennen müssen, dass sich der Einsatz dieser Wirkstoffe, gerade im Hinblick auf den massiven Rückgang der Artenvielfalt, verheerend ausgewirkt hat.

Besonders betroffen sind nicht nur die Honigbienen, sondern vor allen Dingen die Solitärbiene. Sie werden aufgrund ihrer Lebensweise noch stärker von diesen Pestiziden beeinflusst. Durch ihre große Spezialisierung auf bestimmte Zeitabschnitte im Jahreslauf sind sie für die Bestäubung bestimmter Pflanzen von enormer Wichtigkeit. Bei einer weiteren Verwendung der angesprochenen Wirkstoffe im Freiland sehen wir in Zukunft chinesischen Verhältnissen entgegen, bei denen der Bauer mit dem Pinsel die Bestäubungsarbeit verrichten muss, weil kaum genügend Insekten verblieben sind.

Wir stimmen daher dem Verbot und ausdrücklich dem Antrag der Grünen zu, schließlich ist Umweltschutz immer auch Heimatschutz. Zumindest Letzteres hat mittlerweile in Deutschland ein eigenes Ministerium erhalten.

(Beifall bei der AfD – Stephan Thomae [FDP]:  
Ein besonderer Augenblick im Parlament!)

- (B) Allerdings bleibt das Grundproblem bestehen: Wer eine Wirkgruppe verbietet, muss Alternativen schaffen. Schließlich beeinflusst die Politik die Entscheidungen der Landwirte hinsichtlich der Schwerpunktbildung. Wenn von staatlicher Seite nicht in den 90er-Jahren vom Einsatz des Pfluges abgeraten worden wäre, hätte es den Herbizid-Boom in den letzten Jahren vielleicht gar nicht gegeben.

Wir als Abgeordnete dieses Hauses sind also gerade im Bereich der Landwirtschaft ganz besonders in der Pflicht, die Folgen unserer Entscheidungen abzufedern. Wir fordern daher, zusammen mit den Kollegen der Landesparlamente, die landwirtschaftliche Beratungstätigkeit vor Ort zu erhalten, zu fördern und gegebenenfalls auszubauen. Durch eine Förderung der Anlaufstellen für Landwirte, die neben den Einsatzmöglichkeiten von Pflanzenschutzmitteln auch einen integrativen Pflanzenschutz vermitteln sollen, kann das bereits bestehende große ackerbauliche Wissen um eine gute fachliche Praxis der Landwirte nochmals erweitert werden.

Wenn eine nachhaltige, aber auch wettbewerbsfähige Flächenbewirtschaftung im Fokus der Politik stehen soll, muss man diesen Stellen weitere Kompetenzen zur Wissensvermittlung übertragen. Neben einer erfolgten Beratungstätigkeit vor Ort brauchen wir demnach im Sinne des integrierten Pflanzenschutzes Regelungen, die Strukturelemente in der Landwirtschaft wie Hecken, Feldsäume und blühende Alleebäume fördern, die wichtige Lebensräume für Antagonisten wie etwa Marienkäfer oder Florfliegen sind. Landwirtschaftspflege ist eben

auch Pflanzenschutz; eine Marienkäferlarve vertilgt auch ihre 150 Blattläuse am Tag. (C)

(Beifall bei der AfD)

Schlussendlich müssen alle diese Maßnahmen für den Landwirt, über das Verbot der angesprochenen Wirkstoffe hinaus, auch einen ökonomischen Anreiz zur Nachhaltigkeit bieten; denn am Ende muss dieser seine Entscheidungen zuvorderst mit Blick auf sein Portemonnaie treffen.

Ich bitte darum, dass unsere Landwirte nach dem Verbot weiter unterstützt werden. Wir stimmen dem Antrag zu.

Danke.

(Beifall bei der AfD)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Herzlichen Dank, Herr Kollege Protschka. – Als Nächstes für die sozialdemokratische Fraktion der Kollege Dr. Matthias Miersch.

(Beifall bei der SPD)

**Dr. Matthias Miersch (SPD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, wir können uns bei der Bundeslandwirtschaftsministerin und der Bundesumweltministerin dafür bedanken, dass sie bei diesem Thema die Sprachfähigkeit der Bundesregierung wiederhergestellt haben und in Brüssel endlich wieder mit einer Stimme sprechen. Vielen Dank dafür! (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat ja lange genug gedauert!)

In der Vergangenheit haben wir erlebt, dass die Ressorts für Umwelt und Landwirtschaft hier nicht auf einen gemeinsamen Nenner gekommen sind. Natürlich ist das, was Sie hier eben gesagt haben, Frau Bundeslandwirtschaftsministerin, nämlich: „Alles, was der Biene schadet, muss vom Markt“, ein symbolträchtiger Satz. Aber dahinter verbirgt sich doch viel mehr. Niemandem von uns ist gedient, wenn die Natur, unsere Lebensgrundlage, gefährdet wird. Deswegen wäre es gut, wenn wir bei allen umweltrelevanten Themen eine andere Perspektive einnehmen und sagen würden: Mit der Natur können wir nicht verhandeln. – Die Tatsache, dass der heute vorliegende Antrag der Grünen durch Regierungshandeln überflüssig geworden ist, ist zugleich auch Auftrag; denn wir haben noch eine ganze Menge vor uns.

Pflanzenschutz ist ein Riesenthema, das natürlich mit der Frage zusammenhängt: Welche Form von Landwirtschaft wollen wir?

(Beifall der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diejenigen, die auf „immer höher, immer weiter“ setzen, tun der Landwirtschaft keinen Gefallen, sondern zerstö-

**Dr. Matthias Miersch**

- (A) ren die Struktur der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen haben wir ein weiteres aktuelles Thema, das Thema Glyphosat. Im Koalitionsvertrag haben wir dazu sehr deutliche Worte gefunden. Wir wollen, Frau Bundeslandwirtschaftsministerin, den Einsatz von Glyphosat nicht nur beschränken; wir wollen die Anwendung beenden. Das ist die Aufgabe der Bundesregierung. Das muss der nächste Schritt sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Bei all den Themen, die wir hier miteinander besprechen, haben wir, wie ich glaube, eine Hauptaufgabe, nämlich den Schutz der biologischen Vielfalt für nachfolgende Generationen sicherzustellen. Dafür reicht es aus meiner Sicht nicht, nur auf die EFSA und vermeintlich wissenschaftliche Kenntnisse zu setzen. Wissenschaft ist nicht nur „eins plus eins gleich zwei“; die Wissenschaft hat viele unterschiedliche Aufgaben. Aufgabe des Parlaments und Aufgabe der Regierung ist es, unter den Bedingungen unserer Rechtsgrundsätze die beste Lösung zu finden. Es war daher gut, dass aufgrund des Drucks der Sozialdemokratie die Stellung des Umweltbundesamtes gestärkt worden ist. Diese Institution schreibt uns immer wieder den Vorsorgegrundsatz ins Stammbuch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Wir Politiker müssen also nicht sagen: Es ist wissenschaftlich bewiesen, dass etwas gefährlich ist. – Vielmehr haben wir einen Einschätzungsspielraum, den wir bei unseren Entscheidungen stets berücksichtigen müssen. Das gilt nicht nur für das Thema Neoniks, sondern auch für das Thema Glyphosat. Der erste Schritt ist getan, weitere müssen folgen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Vielen Dank, Herr Kollege. – Als nächste Rednerin: die Kollegin Carina Konrad für die Freien Demokraten.

(Beifall bei der FDP)

**Carina Konrad (FDP):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Damen und Herren! Ja, die Bienen sind systemrelevant. Ihr Antrag, liebe Bündnis 90/Die Grünen, ist es nicht mehr; die Ministerin hat ihn eben – Sie haben es selbst gehört – für überflüssig erklärt.

Frau Ministerin, ich finde schön, dass Sie heute vom „ZDF-Morgenmagazin“ zur neuen Bienenkönigin ernannt wurden. Ich frage mich aber: Sind die Bienen wirk-

lich so sehr in Gefahr, wie Sie alle uns das hier glauben machen wollen? (C)

(Karin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Die Zahlen sprechen eine andere Sprache. Das Statistische Bundesamt stellt seit 2013 eine signifikante Steigerung der Zahl der Bienenvölker fest, und zwar um 24 Prozent fest.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, der Honigbienen!)

Und seit 2013 – das kann kein Zufall sein – stellen die Landwirte im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik 5 Prozent ihrer Flächen für Umweltleistungen, das sogenannte Greening, zur Verfügung. Es sind also die Landwirte, die die Bienen schützen. Man kann Debatten über das Verbot von Neonikotinoiden ohne das Parlament führen. Man sollte sie aber nicht ohne die Landwirte führen, deren Einschränkungen für die Bewirtschaftung gravierend sein können.

(Beifall bei der FDP)

Nur wer kräftig isst, kann auch kräftig arbeiten. – Was Aristoteles schon wusste, gilt auch für die Bienen. Die blühenden gelben Rapsflächen, die derzeit deutschlandweit wieder zu sehen sind, sind eine zentrale Nahrungsmittelgrundlage der Bienen. Hier ist die Saatgutbeize mit Neoniks bereits verboten. Der Anbau von Raps ist daher rückläufig. Auf jeder zehnten ehemaligen Rapsanbaufläche wächst heute etwas anderes; denn es gibt schlicht keine Auswahl mehr an Insektiziden, die Pflanzen vor Insekten schützen sollen. (D)

Besonders hart wird das Verbot den Anbau der Zuckerrübe betreffen. Das ist für mich besonders unverständlich; denn die Zuckerrübe wird geerntet, bevor sie blüht, und damit gar nicht von den Bienen angefliegen. Ich höre Sie hier schon einwenden: Wir brauchen die Zuckerrübe ohnehin nicht; Zucker ist ungesund, deshalb können wir auf die Zuckerrübe verzichten.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Diese platte Argumentation behalten Sie mal für sich!)

Aber der globale Weltmarkt tickt halt anders, und sowohl Raps als auch Zuckerrübe sind Bestandteil vielfältiger Fruchtfolgen und auch Bestandteil abwechslungsreicher Kulturlandschaften.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Worüber heute noch keiner von Ihnen gesprochen hat, ist, dass die Hauptgefahr für die Bienen nicht die Pflanzenschutzmittel sind, sondern die Varroamilben. Sie sind es, die die Bienenvölker gefährden; aber sie kann man leider nicht einfach verbieten.

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen?

(A) **Carina Konrad (FDP):**

Ja.

**Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Liebe Frau Kollegin, danke, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Sie haben den Rapsanbau angesprochen und gesagt, der Rapsanbau gehe zurück. Wir müssen uns aber auch fragen, warum; denn die Erträge sind nicht zurückgegangen. Als im Rahmen der Teilverbote ein Moratorium für die drei neonikotinoiden Wirkstoffe ausgesprochen wurde, wurde argumentiert, die Erträge würden zurückgehen. Die Statistik belegt das Gegenteil: Die Erträge sind angestiegen. Es gab allerdings zwei Jahre –

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Herr Kollege, kommen Sie zur Frage.

**Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

– Sie müssen sich die Aussage der Bundesregierung dazu noch einmal anschauen –, die für den Raps ungünstig waren.

Können Sie diese Aussagen zu den Rapsertträgen bestätigen? Haben Sie die entsprechenden Statistiken nicht gelesen, oder wie kommen Sie darauf, dass der Rapsanbau zurückgeht?

**Carina Konrad (FDP):**

(B) Herr Ebner, hätten Sie mir zugehört, hätten Sie gewusst, dass ich von der Anbaufläche gesprochen habe und nicht von den Erträgen pro Hektar.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Jürgen Hardt [CDU/CSU])

Damit ist die Frage abgehandelt.

Gerade in der Landwirtschaft gibt es Alternativen zu einem solchen Verbot. Sie haben das Auflösen der Staus bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln erwähnt. Wir werden Sie beim Wort nehmen und Sie an Ihren Leistungen messen müssen; denn wir brauchen wirklich mehr Pflanzenschutzmittel auf dem Markt.

Doch es gibt noch eine andere Alternative, technische Verfahren, Applikationsverfahren, die die Pflanzenschutzmittel unter der Blüte aufbringen und einen Kontakt mit Bienen ausschließen. Eines davon heißt Dropleg; es wurde an der Uni Hohenheim entwickelt und hat sogar den European Bee Award bekommen. Die Freien Demokraten möchten anstatt stumpfer Verbote, die Rückschritt bedeuten, solche Innovationen verbreiten und in die Fläche bringen.

(Beifall bei der FDP)

Gestatten Sie mir noch einen Vorschlag, bevor ich zum Ende komme. Ich plädiere für Farmer Guidance. Das sind Richtlinien, die Farmer vor politisch mutlosen Entscheidungen ohne Folgenabschätzung in der Fläche schützen. Der Rückgang der Zahl landwirtschaftlicher Betriebe ist für mich persönlich systemrelevant. Wenn es um die Zukunft geht, gilt das besonders für unsere jungen

Landwirte, für unsere Landjugend. Machen Sie ihnen Mut, anstatt stumpf den ideologischen Wegen zu folgen! (C)

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Frau Kollegin Konrad, herzlichen Dank. – Als Nächstes Frau Dr. Kirsten Tackmann für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! In dieser Debatte geht es um die ökologischen Risiken von Pflanzenschutz, konkret um das Verbot von drei besonders bienengefährlichen Wirkstoffen aus der Gruppe der Neonikotinoide, kurz Neoniks genannt, im Freiland, und das in einer Zeit, in der die selbst im Sommer saubere Windschutzscheibe ahnen lässt, was die Wissenschaft mit Insektenschwund meint.

Als Tierärztin begleitet mich die Sorge um die Honigbiene schon sehr lange. 1985 wurde ich im Staatsexamen zur Varroamilbe geprüft, damals ein kaum bekannter Bienenparasit, der heute eine Geißel der Imkerei ist. 2007 ging das Schlagwort „Bienen-Aids“ durch die Medien, 2008 gab es ein verheerendes Bienensterben in Baden-Württemberg. Schon lange ist klar, dass es der Honigbiene nicht wirklich gut geht. (D)

Gerade als Epidemiologin weiß ich, dass es nicht die eine, sondern viele Ursachen gibt – übrigens hat auch der Befall durch die Varroamilbe etwas mit einer vorgeschädigten Biene zu tun –; aber Pflanzenschutzmittel gehören definitiv dazu. Ja, ihre Schadwirkung kann nicht immer im Bienenstock oder im Honig nachgewiesen werden. Aber wenn Bienen durch die Neoniks die Orientierung verlieren und gar nicht mehr in den Stock zurückfinden, dann findet man dort natürlich auch keine Hinweise auf eine Schadwirkung. Das ist eigentlich logisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Insofern muss man schon an der richtigen Stelle suchen, wenn man ein Problem erkennen und auch lösen will.

Dass Neoniks bienengefährlich sind, ist unterdessen unstrittig. Selbst die EFSA, die in der EU für die Risikobewertung zuständig ist, hat das 2013 festgestellt. Das Schadspektrum ist übrigens sehr breit; verkürzte Lebensdauer, reduzierter Bruterfolg, Überwinterungsverluste und Störung der im Bienenstock so extrem wichtigen Kommunikation seien hier genannt. Pflanzen mit Neonik-Kontakt werden übrigens besonders häufig angefloren. Ein tabakähnlicher Suchteffekt, auf den der Name schon hinweist, ist die Ursache.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Ist ja gruselig!)

**Dr. Kirsten Tackmann**

- (A) Insofern sind die Neoniks besonders gefährlich. Deshalb fordert Die Linke schon lange: Sie müssen runter vom Acker!

(Beifall bei der LINKEN)

Die neue Agrarministerin Julia Klöckner hat in ihrer Antrittsrede gesagt – Sie hat es gerade wiederholt –: Was für Bienen schädlich ist, muss weg vom Markt. – Vollkommen richtig. Wie ernst sie das gemeint hat und ob ihre Fraktion da mitspielt, werden wir abwarten müssen. Wir werden sie natürlich an ihren Taten messen. Immerhin will sie in Brüssel für das Verbot der drei Neoniks im Freiland stimmen.

Das ist gut so; aber das ist nur ein erster und übrigens längst überfälliger Schritt.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht nämlich nicht nur um Pflanzenschutz und Honigbienen. Auch Wildbienen, Hummeln und Schmetterlinge werden immer rarer, weil sie in der heutigen Agrarlandschaft oft hungern, sobald die Rapsblüte vorbei ist, weil auch Weiden heute noch selten blühende Insektennährwiesen sind. Wer schon einmal einen Kuhfladen in echt gesehen hat, der weiß, dass weniger Weidetiere auch weniger Insekten bedeuten.

Umso erfreulicher finde ich, dass in immer mehr ortsansässigen Landwirtschaftsbetrieben das Thema „insektenfreundliche Landwirtschaft“ längst angekommen ist. Ohne das teilweise absurde Regelwerk, das bienenfreundliche Maßnahmen manchmal be- oder gar verhindert, wären es übrigens sehr viel mehr, auch wenn sie bessere Erzeugerpreise gegen die Molkereikonzerne und Lebensmitteleinzelhandelskonzerne durchsetzen könnten und vor landwirtschaftsfremden Investoren geschützt wären, die die Bodenpreise hochtreiben und denen Profit wichtiger ist als die Natur. Deswegen ist es wichtig, über die Bienen und die Effekte in der Landwirtschaft zu reden.

(Beifall bei der LINKEN)

Nicht nur Nahrung fehlt Insekten und Schmetterlingen bzw. den Wildinsekten, sondern auch Nistgelegenheiten und spezielle Futterpflanzen für ihre Raupen. Während bei den Honigbienen schnell auffällt, wenn etwas schief läuft, schrillen bei Wildinsekten die Alarmglocken, wenn überhaupt, erst kurz vor zwölf. Für manche Art, die spezielle Ansprüche an den Lebensraum stellt, ist die Uhr manchmal schon unbemerkt abgelaufen. Wenn selbst Naturschutzgebiete betroffen sind, ist Gefahr in Verzug.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Frau Kollegin, auch Ihre Uhr ist abgelaufen.

**Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):**

Ja, ich komme zum Ende. – Es muss endlich gehandelt werden, nicht nur wegen der Bestäuber und weil Ernten in Gefahr sind, sondern weil Insekten ein wichtiger Teil des Ökosystems sind, zum Beispiel als Nahrungsgrund-

lage für insektenfressende Vögel oder Säugetiere. Letzten Endes ist es eine Systemfrage. (C)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Frau Kollegin, bitte.

**Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):**

Ja, das ist der allerletzte Satz. – In einem System auf Kosten von Mensch und Natur wird auch Bienenschutz sehr schwierig.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Vielen Dank. – Als Nächster der Kollege Harald Ebner für Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! „Das Schweigen der Bienen“ könnte eine Überschrift über die letzten zehn Jahre sein. Wir haben dieser Tage das zehnjährige Jubiläum der Katastrophe im Rheingraben, als 12 000 Bienenvölker auf einen Schlag tot waren durch das Neonikotinoid Clothianidin. Seither wissen wir: Diese Stoffe sind Bienenkiller. Sie müssen vom Acker und raus aus der Natur.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Kerstin Kassner [DIE LINKE]) (D)

Schon ein Teelöffel Imidacloprid reicht aus, um über 1 Milliarde Honigbienen sofort zu töten. Das sind – damit man es sich vorstellen kann – 15 Schiffscontainer voller toter Bienen. Aber schon viel kleinere Mengen reichen aus, Honig- und Wildbienen und andere Tiere nachhaltig und irreversibel zu schädigen. Dieses Teufelszeug stört die Kommunikation von Bienen und anderen Insekten. Bei Schlupfwespen zerstört sie beispielsweise die Millionen Jahre alte Tinder-App zur Partnersuche. Das ist eine ökosystemare Katastrophe.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit der EFSA-Risikobewertung haben wir – und auch Sie – es amtlich, dass die Freisetzung dieser Stoffe nicht verantwortbar ist.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Konrad, wenn Sie die EFSA der Ideologie bezichtigen,

(Carina Konrad [FDP]: Das habe ich nicht gesagt!)

dann fahren Sie doch einmal hin. Reden Sie mal mit den Menschen, und reden Sie auch mit den Imkern in den Städten und auf dem Land.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Harald Ebner**

- (A) Wir müssen endlich Konsequenzen ziehen. Es geht um die Existenzgrundlage von uns allen, es geht um die Existenzgrundlagen aller Landwirte und Landwirtinnen. Es geht um funktionierende Ökosysteme; das sind die Existenzgrundlagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben hier im Bundestag immer und immer wieder auf die Gefahren hingewiesen. Doch bis vor kurzem, Frau Ministerin, hat die Bundesregierung jeden Handlungsbedarf geleugnet. Seit knapp einem Jahr plant die Europäische Kommission das Freilandverbot. Wir haben immer wieder nachgefragt: Was macht die Bundesregierung? Schweigen.

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Herr Kollege Ebner, gestatten Sie eine Zusatzfrage der Kollegin Konrad?

**Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ja, gerne.

**Carina Konrad (FDP):**

Vielen Dank, Herr Präsident. – Die Freien Demokraten und ich persönlich halten die Ergebnisse der EFSA nicht für ideologisch. Wir plädieren für eine vernünftige Folgenabschätzung. Das möchte ich richtigstellen.

**Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

- (B) Sehr gut. Dem muss man nichts hinzufügen. Sie haben den Begriff der Ideologie so verwendet, dass er auf die EFSA zu beziehen war.

(Carina Konrad [FDP]: Das ist auch Quatsch!)

Dass Sie das richtiggestellt haben, ist schön.

Was ist jetzt passiert? Herr Minister Schmidt und auch Sie, Frau Ministerin, haben da viel zu lange rumgeeiert, selbst nach Ostern noch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihr Meinungsumschwung kam nicht schon längst, sondern vor knapp einer Woche; unser Antrag ist vier Monate alt. Da sage ich: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube es erst, wenn die Abstimmung in Brüssel erfolgt ist.

Es wurde höchste Zeit. Es ist Ihnen aber auch gar nichts anderes übrig geblieben, Frau Ministerin, als die Forderung im Antrag aufzugreifen und dem Kommissionsvorschlag zuzustimmen. Insofern möchte ich Sie alle auffordern: Stimmen Sie doch heute unserem Antrag zu! Lehnen Sie also den Beschlussvorschlag des Ausschusses ab!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben gesagt, Frau Ministerin: Was den Bienen schadet, muss weg vom Markt. – Das stimmt. Deshalb

- kann das Freilandverbot der genannten drei Wirkstoffe nicht das Ende der Fahnenstange sein; (C)

(Beifall der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

es ist ein erster Schritt. Für die Gewächshäuser trifft das Verbot nicht zu – da müssen wir auch ran –, und es gibt Neonikotinoide, die weiterhin erlaubt, aber nicht weniger gefährlich sind. Wer es mit dem Bienenschutz ernst meint, der muss auch diese Stoffe vom Acker nehmen. Und, Frau Ministerin: Stoppen Sie doch die laufenden Importe von Saatgut, das mit gar nicht zugelassenen Neonikotinoiden behandelt ist. So können Sie etwas für die Bienen tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Geschichte der Neoniks ist ein ökologisches, aber auch regulatives Desaster. Daraus müssen wir lernen; das darf sich nicht wiederholen. Wir müssen die Zulassungsverfahren verbessern und auch die Alternativenforschung vorantreiben; das ist keine Frage. Sie muss vielfältig sein und darf sich nicht darin erschöpfen, dass wir Zulassungsverfahren beschleunigen und mit Fehlern anreichern.

Wir sind gleich so weit, dass Sie ins wohlverdiente Wochenende dürfen. Lassen Sie uns vorher nur noch kurz die Bienen retten. Dann haben wir es schon geschafft.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Vielen Dank, Herr Kollege. – Es wird schwer, in der Kürze der Zeit die Bienen komplett zu retten. (D)

Als vorletzter Redner hat der Kollege Hermann Färber von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Hermann Färber (CDU/CSU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bienen sind als Bestäuber in der Landwirtschaft und zur Erhaltung der Biodiversität absolut unverzichtbar. Deshalb müssen und werden wir die Bienen schützen.

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit, EFSA, hat ihre Risikobewertung für drei Neonikotinoide, nämlich für Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam, aktualisiert und dabei ein Risiko für Honigbienen, Wildbienen und Hummeln ausgesprochen. Das dabei angewendete Leitliniendokument, das von der EFSA entwickelte Bee Guidance Document, ist innerhalb der Mitgliedstaaten umstritten und wird kontrovers diskutiert. Weil es zu wenige etablierte Methoden gibt, um die Auswirkungen auf Solitärbienen zu prüfen, hat die EFSA die Standards von Honigbienen auf Wildbienen angewendet und die Werte um den Faktor 10 erhöht.

Jetzt kann man trefflich darüber streiten, ob diese Vorgehensweise korrekt ist. Allerdings hat unsere Fraktion immer, auch in den vergangenen Jahren, gefordert, dass

**Hermann Färber**

- (A) die Entscheidungen in Zulassungsprozessen auf wissenschaftlicher Basis getroffen werden. Deshalb werden wir uns der Bewertung der EFSA nicht verschließen und unsere Ministerin Klöckner hier auch unterstützen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Insgesamt sind in Deutschland 15 Pflanzenschutzmittel zugelassen, die Neonikotinoide enthalten. Vier davon enthalten den Wirkstoff Thiamethoxam. Sie werden als Saatgutbeize vor allem bei Kartoffeln, Zucker- und Futterrüben angewendet. Durch die bei uns in der Zulassung festgelegten Anwendungen sind sie als nicht bienengefährdend eingestuft, ganz einfach deshalb, weil die Ernte schon vor der Blüte erfolgt und die Pflanzen extrem wenig guttieren, das heißt sehr wenig Wasser absondern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir mit den Neonikotinoiden eine weitere Gruppe von Pflanzenschutzmittelwirkstoffen für alle Freilandkulturen verbieten, dann müssen wir uns natürlich fragen: Welche Alternativen gibt es denn, und welche Auswirkungen haben unsere Entscheidungen?

Es wurde schon angesprochen: Seit dem Verbot der Beizung von Rapsaatgut mit Neonikotinoiden in 2013 ist der Rapsanbau in Deutschland bereits um 100 000 Hektar zurückgegangen, trotz auch für die Bienen vielfältiger Vorteile dieser Pflanze. Wir sprechen bei Raps nämlich von einer Pflanze, deren Blüte wichtiges Futter für die Bienen ist, die für die Biodieselproduktion wesentlich ist und auch als gepresster Rapskuchen eine heimische Tierfuttergrundlage ist und hilft, Sojaimporte erheblich zu reduzieren.

(B)

Es geht darüber hinaus um den Schutz von Hopfen, Zuckerrüben, Mais und Kartoffeln. Zur Bekämpfung ihrer Schädlinge wie dem Drahtwurm, dem Rapserrdfloh, dem Kartoffelkäfer oder dem Rapsglanzkäfer gibt es leider nur wenige Alternativen.

(Carina Konrad [FDP]: Richtig!)

Für den nicht mehr gebeizten Raps beispielsweise werden jetzt Wirkstoffe wie Carbamate und Pyrethroide eingesetzt. Die Folge ist, dass die Felder drei- bis viermal im Jahr mit diesen Blattinsektiziden gespritzt werden.

Ein weiteres Problem im Bereich Pflanzenschutz insgesamt ist bei einer immer geringeren Anzahl an Pflanzenschutzmitteln die zunehmende Resistenz gegenüber den noch verbleibenden Wirkstoffen, speziell beim Kartoffelkäfer und beim Rapsglanzkäfer. Wir können nicht auf allen deutschen Kartoffeläckern den Asiatischen Marienkäfer zur Bekämpfung des Kartoffelkäfers ausbringen, wie es im ökologischen Landbau erfolgt; denn der Asiatische Marienkäfer ist eine invasive Art, und die Folgen seiner Ausbreitung können wir zum heutigen Zeitpunkt überhaupt noch nicht absehen. Außerdem – darüber haben wir schon in der letzten Debatte gesprochen – ist auch der ökologische Landbau auf toxische und bienengefährdende Substanzen angewiesen.

Was wir brauchen, ist eine Risikobewertung, die auch bei den Alternativen zwischen Nutzen und Risiken abwägt (C)

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bleiben Sie doch mal beim Thema, Herr Färber! Sagen Sie doch mal was zu den Neonikotinoiden!)

und die Folgen berücksichtigt, sowohl im herkömmlichen wie auch im ökologischen Landbau. Notwendig sind eine Strategie und die Beschleunigung von Entwicklung und Zulassungsverfahren alternativer Wirkstoffe und Behandlungsmethoden. Da haben wir, wie Sie, Frau Kollegin Konrad, richtigerweise angesprochen haben, einen erheblichen Rückstand, den wir dringend angehen müssen.

Das alleinige Verbot von Wirkstoffen ist weder ein Plan noch eine Lösung. Wir benötigen mehr Weitsicht und eine taktische Vorgehensweise. Deshalb ist dieser Antrag der Grünen unzureichend und abzulehnen.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: „Unzureichend“! Sie wollen noch mehr verbieten, oder was? Das ist gut zu wissen!)

Mit solchen Anträgen, die eher Schaufenstercharakter haben, schützt man weder die Bienen noch die Umwelt.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auweia!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP) (D)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Vielen Dank, Herr Kollege Färber. – Nun hat als letzter Redner zum Thema Neonikotinoide der Kollege Uwe Schmidt für die sozialdemokratische Fraktion das Wort. Es ist seine erste Bundestagsrede.

(Beifall bei der SPD)

**Uwe Schmidt (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer zum ersten Mal das Wort „Neonikotinoide“ hört, kommt meist schnell auf die Idee, dass das etwas mit Zigaretten zu tun haben könnte. Dabei handelt es sich um eine Gruppe von Insektiziden, die zur Bekämpfung von Schädlingen benutzt werden. Aber bei näherem Hinsehen ist die erste Assoziation gar nicht so falsch. Wie für Menschen die Zigaretten zur Droge werden können, besteht eine ähnliche Gefahr für die Bienen in Bezug auf die Neonikotinoide, mit weitreichenden Folgen: Sie stören die Orientierung der Insekten, ihre Partnerfindung und Fortpflanzung und stehen damit im Verdacht, Mitschuld am weltweiten Bienensterben zu haben. Die EFSA, die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit, bescheinigte am 28. Februar 2018 den drei Wirkstoffen der Neonikotinoide, dass sie eine schädliche Wirkung auf die Bienen haben.

Vielleicht denken einige: Na gut, dann esse ich eben ein bisschen weniger Honig. – Aber das wäre hier das

**Uwe Schmidt**

- (A) geringste Problem. Auch auf Obst, Gemüse und Getreide müssten wir verzichten, weil eine Bestäubung ohne die Bienen nicht mehr möglich wäre. Das bedeutete den Verzicht auf gesunde regionale Lebensmittel, aber natürlich auch den Verlust von Arbeitsplätzen; denn ohne regionale Produkte keine regionalen Erzeuger.

(Beifall bei der SPD)

Die Bestäubungsleistung der Bienen ist damit auch ein enormer Wirtschaftsfaktor. Laut Deutschem Imkerbund sind rund 80 Prozent der 2 000 bis 3 000 heimischen Nutz- und Wildpflanzen auf die Honigbienen als Bestäuber angewiesen. Der volkswirtschaftliche Nutzen der Bestäubungsleistung übersteigt den Wert der Honigproduktion um das 10- bis 15-Fache. Das sind rund 2 Milliarden Euro jährlich in Deutschland und 70 Milliarden US-Dollar weltweit. Damit sind Bienen die dritt-wichtigsten Nutztiere neben Rind und Schwein.

Es mag sein, dass einige die Aufnahme des Bienenschutzes in unseren Koalitionsvertrag für übertrieben halten, aber vor dem Hintergrund der Entwicklung zum Beispiel in China wird die Dimension deutlich. Durch den drastischen Einsatz von Pestiziden ist der Bestand an Bestäuberinsekten so stark gesunken, dass ihre Arbeit mancherorts durch Menschenhand erledigt werden muss. So ist es keine Seltenheit, dass zahlreiche chinesische Arbeiter mit Pinsel und Wattestäbchen im Gepäck die Bestäubung der Blüten übernehmen. Welche Auswirkungen so etwas auf die Wirtschaftlichkeit in Deutschland hätte, lässt sich nicht absehen.

- (B) Man kann es natürlich auch so machen wie die Japaner. Sie forschen derzeit an einer blütenbestäubenden Minidrohne, um die Pflanzenwelt und damit ihre Nahrungsgrundlage zu retten, also Robobee statt Biene Maja. Grundsätzlich sollten wir die Chancen der Digitalisierung im Bereich der Landwirtschaft nutzen. Aber ist das eine wirkliche Alternative? Um an die Leistungen eines einzelnen Bienenstocks heranzukommen, bräuchte man eine beachtliche Menge dieser surrenden Robobienen. Jede einzelne Drohne müsste mit künstlicher Intelligenz und hochauflösenden Kameras ausgestattet sein, um selbstlenkend und im Schwarm fliegend unterwegs zu sein. Es ist zumindest fragwürdig, ob Kosten und Nutzen in einem vertretbaren Verhältnis zueinander stehen. Die echte Biene macht das ganz umsonst.

(Beifall bei der SPD)

Deutschland hat den Wert der Bestäuber bereits 2007 erkannt und den Einsatz der drei Neonikotinoide beschränkt, die EU-Kommission dann ab 2013. So ist es derzeit EU-weit nicht erlaubt, die drei Insektizide etwa auf Rapssaat und beim Anbau von Kirschen, Äpfeln oder Gurken anzuwenden. Aber obwohl es Teilverbote für die drei Wirkstoffe gibt, sinkt die Menge der ausgebrachten Neonikotinoide in Europa nicht. Aufgrund dieser Erkenntnisse begrüßen wir die Initiative der EU-Kommission, einen Schritt weiterzugehen und die drei Neonikotinoide generell für die Freilandanwendung zu verbieten.

Natürlich gibt es hier unterschiedliche Einschätzungen. So warnen die Hersteller, dass Verbote zu deutlichen Einbußen bei der Ernte führen. Hier muss man aber

- auch fragen, ob der Verlust an Bestäubern nicht dasselbe Ergebnis nach sich zieht. Die Landwirtinnen und Landwirte müssen wir dabei natürlich im Blick haben. Deren Existenz darf nicht in Ermangelung von Alternativen gefährdet werden. (C)

Was wir in jedem Fall brauchen, ist vielmehr die Forschung, um ökologische Alternativen zu den chemischen Mitteln zu finden. Die Umsetzung der Ackerbaustrategie für unter anderem umweltverträgliche Anwendungen von Pflanzenschutzmitteln werden wir adäquat mit Fördermitteln untersetzen. Damit sollen Maßnahmen zur Umsetzung der nationalen Biodiversitätsstrategie und der Insektenschutz weiter vorangebracht werden.

(Beifall bei der SPD)

Diese zu entwickelnden Mittel sind nicht nur für die ökologische, sondern auch für die konventionelle Landwirtschaft gedacht. Bienen machen weder an Ländergrenzen noch an Grenzen zwischen ökologischer und konventioneller Landwirtschaft halt. Deshalb braucht es nicht nur in Bezug auf die Neonikotinoide einheitliche und umfassende Lösungen.

Seit dem Amtsantritt unserer Umweltministerin gibt es schon viele positive Entwicklungen. So möchte sie den Einsatz der Insekten- und Unkrautgifte Neonikotinoide und Glyphosat nicht nur beenden, sondern generell eine neue Pflanzenschutzpolitik erreichen. Diese Strategie verfolgt das Bundesumweltministerium im Übrigen seit Jahren. Nun ist auch die Landwirtschaftsministerin – recht schönen Dank dafür – auf diesen Kurs eingeschwenkt und spricht sich für ein Freilandverbot der drei Neonikotinoide aus. (D)

(Beifall bei der SPD)

Den Antrag der Grünen haben wir seinerzeit abgelehnt, weil wir eine gemeinsame Positionierung von Bundesumwelt- und -landwirtschaftsministerium erwartet haben. Diese liegt nun erfreulicherweise vor. Bereits in der nächsten Woche, am 27. April, will die Bundesregierung im Ständigen EU-Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel für ein Freilandverbot der drei Neonikotinoide stimmen.

Wir, die SPD-Bundestagsfraktion, setzen uns für ein „Aktionsprogramm Insektenschutz“ ein. Unsere Umweltministerin plant, dieses in den ersten 100 Tagen ihrer Amtszeit in Angriff zu nehmen. Darin werden wir sie mit aller Kraft unterstützen.

Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen ebenfalls ein schönes Wochenende.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Petra Pau:**

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Ja zum EU-Freilandverbot für bienengiftige Neonikotinoide“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/1200,

Vizepräsidentin Petra Pau

- (A) den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 19/231 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Unionsfraktion, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Antragsteller Bündnis 90/Die Grünen, der AfD-Fraktion und der Fraktion Die Linke angenommen.

Ich rufe den Zusatzpunkt 8 auf:

**Aktuelle Stunde**

auf Verlangen der Fraktion der FDP

**Haltung der Koalition zu Plänen der EU-Kommission, den ESM in einen europäischen Währungsfonds zu überführen**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Dr. Florian Toncar für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

**Dr. Florian Toncar (FDP):**

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte über die Zukunft Europas ist im Gange. Emmanuel Macron hat gestern nach seinem Besuch hier in Berlin einen Begriff geprägt: „Moment des europäischen Abenteuers“. Meine Damen und Herren, Macron hat in den letzten sechs Monaten deutlich gemacht, dass er dieses „europäische Abenteuer“, von dem er spricht, gestalten will, dass er mit Vorschlägen in die Debatte geht und dass er die Debatte nach seinen Vorstellungen prägen möchte.

(B)

Wir Freie Demokraten stimmen mit vielen seiner Vorschläge überein: beim digitalen Binnenmarkt, bei der Verteidigung, bei den Themen Sicherheit und Asyl. Insofern gehen wir mit ihm. Hinsichtlich der Reform der Euro-Zone und der Zukunft der Währungsunion bestehen aber Differenzen, die man ganz klar ansprechen muss. Ähnliches gilt für das sogenannte Nikolauspaket, das die Kommission vorgeschlagen hat. Das sind Vorschläge rund um einen Investitionshaushalt, finanziert aus Steuermitteln, einen europäischen Finanzminister und einen Europäischen Währungsfonds, der unter leichteren Voraussetzungen Geld ausgeben kann, als der ESM das bisher tun darf. Diese Diskussion sehen wir kritisch. Dazu erwarten wir eigene Vorschläge von der Bundesregierung.

(Beifall bei der FDP)

Umso bemerkenswerter war es, dass die Bundesregierung gestern eine Entscheidung auf dem Europäischen Rat im Juni angekündigt hat, in knapp zwei Monaten. Das ist ein sehr kurzer Zeitraum für ein so wichtiges Thema. Aber während Emmanuel Macron in der Debatte einen Pflock nach dem anderen einschlägt, kommt der Bundeskanzlerin bis heute nichts Konkretes zur Zukunft der Währungsunion über die Lippen. Deutschland ist ein Totalausfall in dieser wichtigen Debatte.

(Beifall bei der FDP)

Das ist die Methode Merkel, die wir kennen: sich nicht festlegen, die Öffentlichkeit erst einmal beruhigen

und dann Zeitdruck erzeugen, sodass wieder in Nachtsitzungen entschieden werden soll. Ich glaube erstens, diese Strategie wird bei diesem Thema nicht aufgehen, und ich glaube zweitens, dieses Thema ist viel zu wichtig, um den deutschen Bürgerinnen und Bürgern diese Vorgehensweise zuzumuten. Es muss mit offenem Visier über die Zukunft der Währungsunion diskutiert werden. Das erwarten wir von dieser Bundesregierung.

(C)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wäre gar nicht so schwer. Deutschland war einmal an der Spitze der Diskussion über die Währungsunion. Das war im letzten Sommer, als Finanzminister Wolfgang Schäuble ein Papier zur Zukunft der Währungsunion, zur Weiterentwicklung des ESM zu einem Europäischen Währungsfonds vorgelegt hat.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Hättet ihr Jamaika gemacht, dann wären wir schnell fertig und die Kanzlerin wäre stärker in Europa!)

Wolfgang Schäuble hat erstens vorgeschlagen, dass weiterhin strenge Bedingungen und Auflagen für Hilfen gelten, und zweitens, dass wir eine Art Insolvenzordnung für Staaten schaffen. Er hat vorgeschlagen, die Gläubiger von Staaten heranzuziehen, bevor öffentliche Mittel zum Einsatz kommen.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Christian Hirte [CDU/CSU])

Natürlich wollte er auch – zu Recht –, dass der EWF mit einem neuen Aufgabenprofil dafür sorgt, dass Krisen gar nicht erst entstehen, dass er also stärker präventiv tätig wird.

(D)

Ich frage Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen und die Bundesregierung: Was wäre eigentlich so schlimm daran, wenn die Bundeskanzlerin sich klar zu den Vorschlägen ihres früheren Finanzministers Wolfgang Schäuble bekennen würde? Die Vorschläge sind da, darüber kann man verhandeln. Bekennen Sie sich dazu. Die Vorschläge gehen zumindest in die richtige Richtung.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum tut die Bundeskanzlerin das nicht? Warum bekennt sie sich nicht zu dem, was Wolfgang Schäuble – das ist alles durchaus vernünftig – aufgeschrieben hat? Weil die CDU/CSU in dieser Frage tief zerstritten ist und weil die Koalition insgesamt in dieser Frage vollkommen unterschiedlicher Meinung ist und diese Debatte mit Leidenschaft untereinander austrägt.

Die FDP hat im Februar dieses Jahres einen Antrag zur Zukunft des ESM und zur Entwicklung eines sinnvollen Aufgabenprofils für einen EWF in den Bundestag eingebracht. Sie müssen nicht jedem Antrag zustimmen. Aber ich erwarte schon, dass Sie sich an der Debatte auch mit eigenen Vorschlägen beteiligen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, in jeder Sitzungswoche des Bundestages setzt Ihre Koalitionsmehrheit im Haushaltsausschuss den Antrag der FDP von der Tagesordnung ab, weil Sie nicht